

Demokratisches Wochenblatt.

Organ der deutschen Volkspartei.

No. 31.

Leipzig, den 1. August.

1868.

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend. Abonnementspreis vierteljährlich bei allen deutschen Postanstalten sowie hier am Plage einschließlich Bringerlohn 12½ Ngr.; einzelne Nummern 1 Ngr. Abonnements für Leipzig nehmen entgegen die Herren M. Dolge am Markt, G. Reichert Hainstraße 27, G. Hofmann Brühl 40, G. Dehler Neumarkt 6, G. Richter Peterssteinweg 7, Leipziger Consumverein Universitätsstraße und die Expedition d. Blattes G. W. Bollrath Windmühlenstr. 14. Für Dresden Filial-Expedition F. W. Grellmann Wallstraße 10. Agent in London für England, Indien, China, Japan, Australien, Südamerika etc. die deutsche Buchhandlung von Franz Thimm, 24 Brook Street, Grosvenor Square, London.

Inhalt: Politische Uebersicht. — Zur Krankenkassenfrage. — Aus Preußen. — Aus Deutsch-Oesterreich. — Aus England. — Beilage: Programm der Internationalen Arbeiter-Association. — „Das Kapital“ von Karl Marx.

Politische Uebersicht.

Die genialen Sprechdiplomaten, die sich auf ihr famoses Trommelwirbel-Rezept so viel eingebildet hatten, sind grausam enttäuscht worden. Der nationale Gedanke war stärker als das Halbfell der Censoren, und das Trommelwirbel-Rezept ist ein toter Buchstabe geblieben, ein „Stückchen Papier“, wie die preussische Verfassung und deren strophulösere Schwester, die Norddeutsche Bundesverfassung. Wahrhaft herzerfrischend sind die Nachrichten vom Wiener Schützenfest: die Begeisterung der braven Wiener, — der glänzende Empfang der Frankfurter Schützen, — der Festgruß der Berliner Studenten: „Für uns giebt es keinen Prager Frieden!“ — die zwar nicht durch das Schützenfest veranlaßte, aber in dasselbe hinein klingende Antwort Jacoby's an den Grazer Demokratenverein: „Das österreichische Volk kämpft jetzt im Vordertreffen der deutschen Demokratie“; — das Wort Giskra's: „Oesterreich wird ein Niese, wenn die Fesseln gelöst sind, die unglückselige Verträge und eigener Unverstand ihm auferlegt haben“; — die patriotische Hymne des jugendfrischen Dichters Anasias Grün*) (Graf Auersperg) — dies Alles stempelt das Wiener Schützenfest zu einem großen deutschen Nationalfest, zu einem gewaltigen Protest des deutschen Volkes gegen die undeutsche Bismarck'sche Politik, die im Namen der „Einheit“ unser Vaterland zerrissen, die herrliche Ostmark momentan „aus Deutschland hinausgeworfen“ hat.

Wir wissen sehr wohl, daß es mit derlei Kundgebungen nicht gethan ist, daß zur Lösung der deutschen Frage weder die Zunge noch die Feder ausreicht; allein insofern ist immerhin das Wiener Schützenfest ein erfreuliches und bedeutungsvolles Ereigniß, als es den Beweis liefert, daß das deutsche Volk wieder zu sich selbst zu kommen beginnt, daß der „moralische Eindruck“ der „preussischen Siege“ des Unglücksjahrs 1866 verwischt ist.

Ueberhaupt war dies eine schlimme Woche für den Invaliden von Barzin. Das Telegramm, betreffend die Beiseitigung der Interpellation Lamarmora's war nicht

ganz genau. Die Interpellation wurde allerdings auf den St. Rimmerleins-Tag verschoben, aber erst nachdem Lamarmora seinen eigentlichen Zweck, Preußen einen Schabernack zu spielen, erreicht und ein Altkleid an's Licht gezogen hatte, das die preussische Regierung nach mehreren Seiten hin auf das Gräulichste kompromittirt. Das Altkleid enthält den Feldzugsplan, den Graf Bismarck 1866 von den Italienern befolgt wünschte, und der auf die völlige Zertrümmerung Oesterreichs hinauslief. Ungarn sollte durch Garibaldi'sche Freischaren insurgirt, die ungarischen und slavischen Regimenter zur Desertion verleitet werden, und die italienische Hauptarmee mit Umgehung des Festungsvierecks geradezu auf Wien losmarschiren. Daß bei Ausführung und Gelingen dieses Plans nicht bloß Venetien, sondern auch Triest und Trient (Dalmatien und Südtirol) an Italien fallen, Ungarn und die slavischen Provinzen Oesterreichs Rußland in die Arme getrieben werden mußten, das kann dem „genialen“ Staatsmann, mit dem „deutschen Herzen“ in der unpanzerten Hochbrust, unmöglich entgangen sein, und zeigt unsrem Volk, was man im „Staat des deutschen Berufs“ unter „nationaler Politik“ versteht.

Das Bismarck'sche Leiborgan, die „Nordd. Allg. Zeitung“, schreit Peter über die vermuthlich durch Napoleon veranlaßte „Indiskretion Lamarmora's“, welche doppelt ungelogen kommt, weil Preußen aus großmächtiger Furcht vor Frankreich gerade im Begriff stand, Oesterreich Allianzvorschlüge zu machen. Auf die Hoffnung, in Oesterreich eine Stütze zu finden, muß man jetzt in Berlin verzichten, und in den oben erwähnten Worten Giskra's haben wir wohl schon eine Wirkung jener „Indiskretion“ vor uns. In dem Streben Preußens nach einem Bündniß mit Oesterreich liegt beiläufig einestheils die Anerkennung der eigenen Ohnmacht, andernteils das Geständniß, daß Deutschland ohne Oesterreich den Angriffen des Auslandes nicht zu widerstehen vermag — also die gründlichste Verdammung der kleindeutschen oder großpreussischen Politik. Eine solche Allianz wird übrigens, auch abgesehen von der durch Lamarmora veröffentlichten Depesche, stets ein frommer Wunsch bleiben; denn nach der „Logik der Thatfachen“ giebt es für Oesterreich nur ein Ziel: Wiedereintritt in das deutsche Reich. Ueber die Mittel, wie dies zu bewerkstelligen, mögen die österreichischen Staatsmänner verschiedener Ansicht sein; darüber aber, daß die Vereinigung mit Deutschland eine Lebensbedingung für Oesterreich ist, kann kein österreichischer Staatsmann im Zweifel sein.

So fatal die „Indiskretion“ Lamarmora's für den „Staat

*) Mangel an Raum gestattet die Mittheilung des Gedichts erst in der nächsten Nummer des „Demokr. Wochenbl.“ Die Red.

des deutschen Berufs" ist, so fatal ist für den „Staat des protestantischen Berufs" das Lob des ultramontanen „Monde", dieses fanatischsten der Pariser Pfaffenblätter, das jetzt auf einmal in dem Grafen Bismarck den wahren Mann für Rom entdeckt hat.

Nicht bloß für den Meister selbst war dies eine Unglückswoche, auch für eine seiner vornehmsten Kreaturen, den Erbschützen-Herzog von Coburg. Ende des vorigen Jahres ward bekanntlich in München ein Gemälde der Schlacht von Langensalza ausgestellt, auf welchem besagter Coburger mitten im Kampfgewühl als Held figurirte. Gegen diese Auffassung schrieb der „Volksbote" einen Artikel, in dem der Wahrheit gemäß auseinandergelegt wurde, daß der Herzog sich während des Gefechts außer Schußweite gehalten, aber später für die Tapferkeit, mit der er die Haut seiner „Untertanen" zu Markt getragen, den oftgenannten großen Bald als Judaslohn empfangen habe. Die Prozeßverhandlungen ergaben die Richtigkeit der Angaben des „Volksboten", da jedoch die Wahrheit der behaupteten ehrenrührigen Thatsachen nach bayerischem (auch sonst in Deutschland und vielen anderen Staaten gültigem) Recht den Begriff der Verläumdung nicht aufhebt, so wurde der Redakteur des „Volksboten" zu sechsmonatlichem Gefängniß verurtheilt. Dem Coburger danken wir aber, daß er seine Schande so heldenmüthig an die große Glocke gehängt hat.

Man wird sich erinnern, daß bei den jüngsten Aushebungen in Bayern an mehreren Punkten Krawalle stattfanden, u. a. in und um Treunstein, wo die Bauernburschen unter dem Ruf: Wir wollen nicht preußisch werden! sich den Rekrutierungskommissären thätlich widersetzen. Die Behörden ordneten eine Untersuchung an, und soeben werden die Urtheile verkündet: 14 Angeklagte wegen „Aufstandsverbrechens" zu 4½ Jahren Zuchthaus, einer wegen „Aufstandsverbrechens" mit Körperverletzung zu 8 Jahren Zuchthaus, achtzehn wegen Aufstandsvergehens zu 2½ Monat Gefängniß verurtheilt; den letzteren wird die Unteruchungshaft als Strafe angerechnet. Diese drakonischen Urtheile sind um so skandalöser, als die bayrische Regierung durch ihre politische Haltung zu derartigen Kundgebungen aufgemuntert hatte.

Im Lennep-Bezirk hat Frißche über den reaktionären Kandidaten gesiegt, obgleich die Fortschrittler sich zu Gunsten des letzteren der Abstimmung enthielten. Werden sie nun noch die Stirn haben, der Sozialdemokratie vorzuwerfen, „sie arbeite der Reaktion in die Hände"?

Wir sprachen neulich von der Predigt Napoleons über den Tyrannenmord. In Bezug auf die Aeußerung, ein Attentat würde seiner Dynastie nützen, schreibt der französische Flüchtling Felix Pyat, diese Bemerkung werde durch Frankreichs Geschichte Lügen gestraft. Die Ermordung des Herzogs von Berry habe weder den Herzog von Angoulême, noch den Grafen von Chambord auf den Thron gebracht, und was aus der jüngeren Linie geworden wäre, wenn Louis Philippe durch Mörderhand gefallen wäre, sei schwer zu sagen. Darin, daß derjenige, welcher seine Hand mit Blut besetzte, nicht die Frucht seines Verbrechens ernte, stimme er (Pyat) mit dem Kaiser überein und er hoffe nur, daß die Worte des Mannes vom 2. December in dieser Beziehung zur Wahrheit werden möchten. Auch wir wollen es hoffen.

Man spricht viel von einem gegen Preußen gerichteten Bündniß Frankreichs mit Belgien und Holland.

Eine sehr ernste Lehre für Italien enthält eine von Prof. Boccardo zusammengestellte statistische Arbeit über die Produktion an Cerealien in Italien. Italien, einst „die fruchtbare Mutter der Früchte", hatte noch am Ende des vorigen Jahrhunderts den ersten

Rang unter den Ländern Europas; seine Ländereien gaben durchschnittlich an Cerealien 10 Hektoliter per Hektar, während Frankreich 8 und das übrige Europa 7 erzeugte. Seitdem aber das übrige Europa angefangen hat, mit Benutzung der Resultate der Wissenschaft die Landwirtschaft rationell zu betreiben, haben sich die Verhältnisse in einer für Italien geradezu beschämenden Weise geändert. In den letzten zehn Jahren ergiebt der Durchschnittsertrag für England 32 Hektoliter, für Frankreich 15, für Belgien und Holland 20 bis 22, für Sachsen 26, für die übrigen deutschen Länder zwischen 19 und 20. Italien ist bei 10 Hektolitern stehen geblieben und steht auf der nämlichen Stufe wie Spanien und Griechenland. Frankreich hat nur eine bestimmte Zone für den Weinbau, und doch bringt es drei Mal mehr Wein auf den Markt als Italien, welches von den Alpen bis an die äußersten Spizen des Südens zum Weinbau geeignet ist. Das eigentliche England erzeugt auf einem Raum, der vier Mal kleiner ist als Frankreich, die doppelte Quantität an Cerealien im Vergleich mit diesem Land, und um wie viel schmächtlicher ergiebt sich das Resultat für das gesegnete Italien. Wer aber weiß, daß in England, Sachsen und Belgien die Fortschritte der modernen Naturwissenschaft für die Agrikultur am meisten verständige Anwendung gefunden haben, der wird das Zurückbleiben Italiens in der Produktion aus dessen Zurückbleiben in der Geistesbildung erklären müssen. Die Bevölkerungszunahme steht mit diesen Verhältnissen in einem deutlichen Zusammenhang; während dieselbe z. B. in Belgien 2,49 Prozent beträgt, ist sie in Italien seit 1836 von 0,60 auf 0,30 gesunken.

Da sich die Aufstands-Komödie auf Kreta nicht weiter spielen ließ, hat die russische Diplomatie es für gut befunden, den Schauplatz zu verändern, und das Stück wird jetzt jenseit der Donau, an der wallachischen Grenze, fortgesetzt. Einige als Bulgaren verkleidete Untertanen des Hohenzollern'schen Strohmanns haben die Rolle der Infurgenten übernehmen müssen. Während Rußland an der Donau offen und geheim für das Nationalitätsprinzip austritt, ist es an der Weichsel damit beschäftigt, eine Nationalität zu morden. Nachgerade hat man in Petersburg alle Scham abgelegt, und jetzt giebt ein Ukas, der sogar den Wünschen und Vorschlägen des Grafen Berg entgegen sein soll, der Verwaltung von Warschau auf, die vollständige Russifizierung des Landes in kürzester Frist zu vollziehen. Demzufolge ist sämmtlichen Lehrern nicht-russischer Nationalität im ehemaligen Königreich Polen der Befehl zugegangen, bis spätestens 1. Januar 1869 bei der Prüfungskommission für russische Sprache in Warschau ihr Examen abzulegen, da mit dem genannten Tage in allen Schulen des bisherigen Königreichs Polen ohne Ausnahme die russische Sprache alleinige Unterrichtssprache sein wird. Aber nicht allein an den öffentlichen Schulen jeder Kategorie, sondern auch an Privatinstiuten, sowohl für Knaben als Mädchen, wird allein in russischer Sprache unterrichtet werden, und es können vom 1. Januar 1869 an in diesen Schulen nur solche Lehrer und Lehrerinnen beschäftigt werden, welche eine Prüfung im Russischen bestanden haben. Der frühere Erlaß, wonach Lehrer an öffentlichen Schulanstalten, denen bei ihrer früheren Anstellung die Erlernung der russischen Sprache nicht zur Bedingung gemacht worden, von der Verpflichtung zur Prüfung im Russischen ausgeschlossen bleiben sollten, ist durch den neuen Ukas aufgehoben worden, und es wird somit keinem Lehrer die Prüfung erlassen. Wer die angeordnete Prüfung nicht besteht, erhält bis zum 1. Juli 1869 eine Frist zur Wiederholung des Examins; wer sich bis dahin nicht meldet oder in der Nachprüfung nicht besteht, ist mit

diesem Tag entlassen. Eine vorgängige Kündigung findet nicht statt. Was aus den Schulen auf dem platten Lande, wo noch Niemand die russische Sprache versteht, werden soll, ist nicht abzusehen. Vermuthlich wird man sie ganz eingehen lassen. In einem wohlgeordneten despotischen Staat sind die Schulen ja doch überflüssig, wo nicht geradezu schädliche Mängel. Das Volk hat ja nichts zu lernen, als slavischen Gehorsam, und den blauen ihm Pfaffen, Polizeidiener und Corporale schon ein. Wozu bedarfs der Schulmeister? „Wissen ist Macht“, sagen die Engländer. Ganz recht, und gerade weil es eine Macht ist, darf die Regierung es nicht dulden, da sie allein die Macht haben will. Militärstaat und Intelligenzstaat vertragen sich nicht mit einander. Das sieht man in Preußen.

Uebrigens mögen die Russen thun was sie wollen, — „noch ist Polen nicht verloren“. Vielleicht schon die allernächste Zukunft bringt uns Ereignisse, welche die Existenz Polens sichern, die Rußlands in Frage stellen.

Nach Brasilianischen Nachrichten ist es „nicht unwahrscheinlich“, daß die Armee der Allirten ihre gegenwärtige Position bald aufgeben werde, wegen — allzugroßer Feuchtigkeit des Terrains. Wir werden nun wohl bald vom Rückzug der Allirten hören.

Zweimal innerhalb 10 Tagen wurde das Dresdner Publikum durch Ausschreibung von Versammlungen alarmirt, welche die bevorstehenden Kirchenvorstandswahlen zum Gegenstand hatten. Am 11. dieses Monats sollte die Frage innerhalb des demokratischen Vereins erörtert werden, entfiel aber wegen vorgerückter Zeit von der Tagesordnung, da man sich bis gegen 11 Uhr mit Rückblicken auf die Ergebnisse des Zollparlaments und Reichstags beschäftigt hatte, und außerdem noch einige Vereinsgeschäfte erledigt werden mußten. Lediglich der kirchlichen Frage gewidmet sind dagegen einige von Stadtverordneten ausgeschriebene Versammlungen, deren erste für die Mitglieder der 80,000 Seelen zählenden Hauptparochie (der Kreuzkirche) bestimmte, am 21. abgehalten wurde. Wir können auf das Detail dieser Versammlungen nicht näher eingehen, bemerken jedoch, daß die erste, welche unter Bahleich's Vorsitz in dem trotz starker Hitze überfüllten Saale der Conversation stattfand, mit dem Verhalten des Dresdner Abgeordneten Wigard auf dem Reichstage und Zollparlament, resp. seiner mündlich motivirten Enthaltung von den überwiegenden reinen Formalgeschäften ausnahmslos ihr volles Einverständnis erklärte, nicht minder den die Charakteristik dieses ganzen parlamentarischen Treibens in ebenso schneidender als beredter Weise unterstützenden Ausführungen des mitanwesenden Abgeordneten Bebel lebhaften Beifall spendete. Außerdem erfuhr man aus dem in dieser Versammlung vorgetragene Geschäftsberichte, daß die Partei dermalen 214 Mitglieder zählt (ihre Zahl ward jedoch noch an demselben Abende durch neue Einzeichnungen vermehrt), welche sich auf alle Berufsstände vertheilen, doch so, daß die Handwerker weit aus überwiegen. Advokaten und Literaten dagegen wurden die Vorstandsmitglieder Wigard, Gruner, Henkel (der Vorsteher des Arbeiterbildungsvereins), Petermann wiedergewählt, statt des nach Wagen gezogenen und deshalb die Wiederwahl ablehnenden Bahleich wurde der jetzt als Notar und Bureauchef der Hypothekenversicherungsanstalt hier lebende frühere Amtmann und Landtagsabgeordnete Hirschold von Wolfenstein gewählt. — In der Kreuzparochianerversammlung wurden die Mittel erörtert, der liberalen Richtung

durch Vereinigung der Stimmen auf geeignete Männer Einfluß zu verschaffen, außerdem auch verschiedene, die Wahlbarkeit und die Voraussetzungen derselben betreffende Umstände besprochen. Im Anschluß hieran gab Petermann, wie er sagte, „im Sinne derjenigen, auf durchgreifende Reformen bedachten Richtung, welche zwar auf politischem und gesellschaftlichem Gebiete (als Volks- resp. soziale Partei), auf kirchlichem aber noch nicht mit einem besonderen Namen bezeichnet sei,“ die Erklärung ab, daß man auf dieser Seite Bedenken trage, sich an dieser Wahl überhaupt zu betheiligen. Er motivirte dies durch folgende drei Erwägungen: Einmal schließe der Wortlaut der Wahlordnung „Verächter des göttlichen Wortes“ aus, worunter nach unzweifelhaftem kirchlichem Sprachgebrauch Alle die sich Vernachlässigung des regelmäßigen Kirchenbesuchs und der Abendmahlsfeier zu Schulden kommen ließen, also, wie aus der Leere der Kirchen und dem Zeugniß der Communikantenlisten hervorgehe, der größte Theil der erwachsenen männlichen Glieder der lutherischen Staatskirche zu verstehen sei. Wer sich aber melde, ohne diesem kirchlichen Erforderniß Genüge zu leisten, mache sich einer Lüge schuldig, und hierdurch sich in die Liste der Wahlberechtigten einzuschleichen, sei ebenso unwürdig, als, sich auf die Worte „öffentliches Aergerniß“ stützend, als „heimlicher Verächter des göttlichen Wortes“ die Aufnahme zu begehren. Das zweite Bedenken beruhe in dem beschränkten Wirkungskreise der neuen kirchlichen Behörden, die theils ihres präkären Fundaments, theils ihrer beschränkten Competenz wegen das freisinnige Laienelement noch weniger wirksam zu vertreten vermöchten, als zeitlich Landtag und Stadtverordnete. Zu hoffen sei also nichts von ihrer Thätigkeit, wohl aber mache man sich durch Theilnahme an dem Resultate mitverantwortlich. Entscheidend sei endlich nach wie vor für den in der Kirche waltenden Geist der von oben d. i. von der Regierungsstelle kommende Ton. Sei dieser kein freisinniger, so würden selbst alle Siege in den Kirchenvorstandswahlen nichts nützen; im umgekehrten Falle würde sich die Sache sofort total wenden und wenn auch sämtliche Kirchenvorstandsstellen inzwischen den Orthodoxen gehörten. Also keine Kräftezersplitterung an aussichtslosen Detailkämpfen, sondern centralisirtes Hinarbeiten auf eine freisinnige Staatsverwaltung!

Am 19. Juli dieses Jahres hielt die Spinn- und Webgenossenschaft von Stehfest u. Comp. in Grimmitzschau ihre erste Generalversammlung. Wir entnehmen aus dem vom Controlleur der Genossenschaft erstatteten Bericht folgendes: Die Gründung der Genossenschaft erfolgte am 15. Juli 1867, die Arbeit begann den 1. September desselben Jahres. Es wurden gekauft 221 Centner und verarbeitet 145 Ctr. Wolle, daher ein Bestand von 76 Ctr. Die Genossenschaft producirte 8700 Berliner Ellen, verkaufte davon

4000 „ „ daher
4700 Berliner Ellen Lagerbestand, wovon per August dieses Jahres 1200 Ellen zu liefern sind, und woraus hervorgeht, daß die Hälfte der producirten Stoffe abgesetzt ist. Von den 471 Firmen, welche die Genossenschaft besucht haben, ist mit 80 fest angeknüpft worden. Es waren durchschnittlich 12 Stühle beschäftigt, und der Verdienst eines Arbeiters 3 1/2 Thlr., welcher sich steigern wird, je mehr die Genossenschaft in die Lage kommt, ihre Mitglieder anhaltend zu beschäftigen. Die Aktiven der Genossenschaft

betragen	17,962 Thlr. 22 Ngr. 6 Pf.
die Passiven	17,273 „ 22 „ 9 „

Gewinn 688 Thlr. 29 Ngr. 7 Pf.

von welchem 4 Prozent Zinsen an das Kapital, der Rest an den Reservefonds gegeben und Arbeit diesmal leider leer ausgehen wird. — Wenn von diesem Reingewinn (10 Prozent) circa 70 Tblr. an den Verwaltungsrath und vom verbleibenden Rest (688 Tblr.) 4 Proz. auf circa 8000 Tblr. Kapitaleinlagen = 320 Tblr. abgehen, so blieben 368 Tblr. für den Reservefonds. — Wir sind ganz dafür, den Reservefonds nicht stiefmütterlich zu bedenken, können aber auch nicht absehen, warum man bei einer Genossenschaft, die in ihren Material- und Waarenwerthen und der fortgesetzten Auffparung des Gewinnes eine gegen alle anderen Unternehmungen hervorragende Sicherheit bietet, ihren Reservefonds so bedeutend und auf Kosten des Arbeitsertrags vermehrt.

Im Ganzen ist der Stand des Geschäfts ein sehr erfreulicher und zu einer schönen Zukunft berechtigender, wenn seine Theilhaber immer mehr begreifen, daß das Interesse des Einzelnen im Interesse des Ganzen wurzelt. Wir hoffen und wünschen dies und die besten Erfolge.

In der Nähe von Wolfenbüttel (auf der Uffe) wurde am 19. d. M. ein von 10,000 Personen besuchtes Volksfest mit Volksversammlung abgehalten. Auf dieser erläuterte Tölkle aus Iserlohn zuerst eine Reihe von Sätzen allgemein sozialistisch-politischer Natur und beantragte folgende Resolution, die von der Versammlung angenommen wurde: „Die freiheitlichen Volkrechte in sozialer und politischer Beziehung werden allein von der sozial-demokratischen Arbeiterpartei Deutschlands vertreten; deshalb ist es Pflicht aller freisinnigen Elemente, die Bestrebungen dieser Partei mit aller Kraft zu unterstützen, sowie der Arbeiter überall im deutschen Vaterlande dem Allgemeinen Deutschen Arbeitervereine sich anzuschließen“. Ueber das Programm Johann Jacoby's berichtete Braack aus Braunschweig in einem begeisterten und doch sehr klar durchdachten Vortrag, worauf die Versammlung folgende Resolutionen annahm:

- 1) Das demokratische Programm von Joh. Jacoby verdient im höchsten Maße die Beachtung des deutschen Volkes.
- 2) Nach demselben giebt es in den Zielen keinen prinzipiellen Unterschied zwischen der entschieden demokratischen (Volks-) Partei und der eigentlichen Arbeiterpartei.
- 3) Beide Parteien müssen in dem von Joh. Jacoby aufgestellten Ziele: „Umgestaltung der bestehenden staatlichen und gesellschaftlichen Zustände im Sinne der Freiheit, gegründet auf Gleichheit alles Dessen, was Menschengenüß trägt“, übereinstimmen.

4) In politischer Beziehung ist die volle unbedingte Selbst-Regierung des Volkes herbeizuführen. Das von der Arbeiterpartei mit allen gesetzlichen Mitteln erstrebte allgemeine directe Wahlrecht trägt als notwendige Konsequenz in sich die einstige allgemeine und directe Theilnahme des Volkes an der Gesetzgebung, wie an der Regierung des Staats. Selbstverständlich hat sich die heutige praktische Agitation auf dem in der Gegenwart gegebenen Boden (Gesetzgebende und Verwaltungs-Faktoren) zu bewegen.

5) In sozialer Beziehung ist als gemeinsames Ziel: „Die Theilnahme Aller an dem allgemeinen Wohlstande, die annähernd gleichmäßige Verteilung der materiellen Güter zu erstreben“.

Jacoby betrachtet als Mittel zu diesem Ziele einmal: die gerechte Verteilung des Produktionsertrags zwischen Kapital und Arbeit, das andere Mal: Anspruch des Arbeiters auf die volle Arbeitereinte, statt des heute gezahlten Arbeitslohnes. Die Arbeiterpartei hält diese beiden Mittel nicht für iden-

tisch, sondern bekennnt sich mit Entschiedenheit nur für das zweite. Das Kapital ist auf Grund von Verhältnissen erworben, die einen Anspruch auf weitere Ausnutzung der Arbeitskraft nicht begründen können. Die Arbeit allein schafft die Werthe, ihr gebührt also auch der volle Arbeitsertrag.

6) auf dem nationalen Gebiet haben beide Parteien für die Gesetzgebung des Staats (Deutschland), den Provinzen, Kreisen und Gemeinden, das Recht auf Freiheit und Selbstbestimmung anzuerkennen. — Die verschiedenen Nationalitäten haben auf dem Wege freier Berathung und Verständigung allmählig Organe für den Friedens- und Freiheitsbund der Völker Europa's zu schaffen.

Aus Elberfeld, 21. Juli wird dem „Sozial-Demokrat“ geschrieben:

Die Arbeitseinstellung der Rothfärber hat eine Ausdehnung angenommen, wie bisher noch keine. Jetzt kann man in Wahrheit sagen: Es ist eine Strike. Handelte es sich früher nur um einzelne Fabriken, so stehen jetzt sämtliche Färbereien von Elberfeld und Barmen still. Es besteht vollständige Organisation. Zur Unterstützung der nothleidenden Familien ist ein Strike-Bureau errichtet, in welchem die Comité-Mitglieder den Tag über sitzen. Jeden Tag kommen sämtliche Färber bald auf diesem, bald auf jenem Plage zusammen, besprechen sich dort privatim und versichern sich einander fest zu halten. 600 bis 700 Färber feiern. Dieselben sind schon am Mittwoch dem 15. d. M. vom Versammlungsorte aus durch die Stadt gezogen. Am 17. fand eine große Versammlung der streikenden Rothfärber statt, bewacht von über 90 Polizisten und Nachwächtern. Sämtliche Redner in derselben sprachen sich günstig über das Verhalten der Färber aus und erklärten, es sei jetzt an der Zeit, festzuhalten. Durch Geldmittel, die unter der Bürgerschaft zusammengelassen sind, ist es möglich geworden, einen Theil der Familien der Feiernden zu unterstützen. Der Geist unter den Bürgern ist gut; aber die Polizei hat verschiedentlich gehindert. So z. B. hat man verboten, mit Subskriptions-Listen von Haus zu Haus zu gehen, obwohl die Bürger dies gewünscht haben. Verschiedene Personen mit Listen hat man auf der Straße aufgegriffen und ihnen Geld und Liste abgenommen. Also die in diesem Falle so äußerst gebotene Selbsthilfe will man nicht, und die Staatshilfe die man anwendet — o weh!

Aus Schleiß schreibt man uns: „Vor einigen Tagen weite die Gräfin Sophie v. Haxfeld hier, in Begleitung ihres jetzigen Freundes, Carl Wende, Präsident des sogenannten Arbeitervereins zu Dresden, Präsident des sogenannten Arbeitervereins zu Dresden, um das k. k. Kreisgericht zu bewegen, eine hier in der G. Hübscher'schen Buchhandlung (Hugo Heyn) erscheinende Schrift, betitelt: „Enthüllungen über das tragische Lebensende Ferd. Lassalle's, auf Grund authentischer Belege dargestellt von Bernhard Becker, dem testamentarischen Nachfolger Lassalle's“, mit Verdict zu belegen. Eine zu dem Zwecke veranstaltete 3fache Hausdurchsuchung konnte das fragliche Buch nicht ausfindig machen; und schon aus diesem Grunde mußten Gräfin und Präsident unverrichteter Sache wieder abziehen. Der Schmerz Beider war so groß, daß sie auf der Rückfahrt von Schleiß herzlich weinten und schluchzten. Die polizeilichen Nachforschungen, welche darauf die Gräfin in Leipzig veranlaßte, blieben ebenfalls erfolglos. Nunmehr soll sie sich nach Wien gewendet haben, um dem Verfasser selbst auf den Leib zu rücken. Ueber die Beweggründe des Haxfeld'schen Vorgehens herrscht zur Zeit noch ein mythisches Dunkel.“

Mittlerweile aber wird das mit Spannung erwartete Buch erliegt expedirt." — So mystisch ist die Sache wohl nicht. Die Gräfin stützt ihren Verfolgungs-Antrag auf den angeblich widerrechtlichen Erwerb der für die Lebensbeschreibung benutzten Schriftstücke.

Eine Anzahl Deutscher in Zürich hat einen Preis zum Wiener Schützenfest geschickt, mit einer Zuschrift, deren Schluß also lautet: „Nach unserer Auffassung ist der Grundgedanke des deutschen Schützenbundes nicht mehr und nicht weniger als die Anleitung, Erziehung und Anbahnung eines echten deutschen Volksheeres. In der Erstrebung dieses Volksheeres haben sich Alle zu einigen, denen es mit der Freiheit und Einheit des gemeinsamen deutschen Vaterlandes und dem Frieden Europas aufrichtiger Ernst ist. Ein solches Volksheer muß aber vor allen Dingen alle wehrfähigen Männer wirklich umfassen und darf seine Schule und Uebungszeit nicht nach Jahren, sondern höchstens nach Monaten oder Wochen und Tagen berechnen. Es wird — in seiner Defensivkraft ohne Gleichen — doch niemals ehrgeizigen oder gewalthätigen Staatsmanövern als Werkzeug zur Ausführung kulturfeindlicher und dynastischer Zwecke dienen können. Zur Verwirklichung nun des angegebenen Grundgedankens muß sich der Schützenbund, wie wir meinen, möglichst erweitern und es sich namentlich angelegen sein lassen, sich so zu organisiren, daß der Arbeiter ihm beizutreten im Stande ist. Es ist hohe Zeit, daß wir uns vorurtheilsfrei sammeln und zu gemeinschaftlichem großartigerem Handeln ordnen und aufrufen. Das deutsche Volk würde das Wiener Bundeschießen in ewig dankbarer Erinnerung behalten, wenn dieses den allgemeinen deutschen Schützenbund einen entscheidenden Schritt zur tieferen Erfassung seiner hohen Aufgabe thun ließe. Wer könnte zweifeln, daß die Vereinigung aller wehrfähigen deutschen Männer in freier Organisation jene Freiheit bringt und sichert, welche allein die friedliche und geistliche Kulturentwicklung wahrhaft und wirklich zu fördern vermag. Die Erstrebung dieses hohen Zieles ist keinem Volke der Erde tiefer und unverfügbarer in die Seele gepflanzt, als dem Deutschen. Darum rufen wir Euch aus der Fremde mit unserm deutschen Gruße zu: Es lebe die Freiheit, es lebe der Frieden! Es lebe das freie und einigte deutsche Vaterland!“

Culturgehichte der Menschheit von H. Friedrich Kolb.
Leipzig, Verlag von Arthur Felix. — **Sechs Vorlesungen über die Darwin'sche Theorie von der Verwandlung der Arten u. von Dr. Ludwig Büchner.** Leipzig, Verlag von Theodor Thomas.

Indem wir uns eine eingehende Besprechung dieser beiden Werke, von denen das erste in Lieferungen erscheint, vorsetzen auf sie hinlenken. Beide, in allgemein verständlicher Sprache geschrieben, behandeln die wichtigsten Fragen der Gegenwart: die Geschichte der Menschheit, deren Ursprung und Zukunft auf dieser Erde. Friedrich Kolb nennt seine Culturgehichte eine Weltgeschichte nach den Bedürfnissen der Jetztzeit, und er hat wahrlich Recht, wenn er sagt, daß die gewöhnliche Weltgeschichte unserm Volke nicht mehr genügen würde. Das Volk verlangt nach seinem gegenwärtigen Bildungsgrade und seinen eigenen politischen und socialen Bedingungen in der Geschichte etwas anderes zu finden, als eine langweilige Zusammenstellung von Dingen, Namen und Jahreszahlen, die an sich vollkommen gleichgültig sind und deren

Kenntnisse keinen praktischen Werth haben. Kolb verläßt daher in seinem Werke das schulmeisterliche Fahrwasser der gewöhnlichen „Weltgeschichten“ und statt deren werthlosen Moder schildert seine Culturgehichte das lebendige Leben der Völker, die socialen und politischen Verhältnisse, die Entwicklung der Cultur, die verschiedenartigen Begriffe und Zustände der Nationen. Da weht ein frischer demokratischer Hauch. Ebensovienig aber die alten Eroberungs- und Königsgehisten, welche Weltgeschichte sein sollen, dem Volke noch genügen können, ebensovienig entsprechen noch die biblischen Schöpfungsgeschichten und der alte Kirchenglauben dem Geiste unserer Zeit. Alle Welt fühlt das dringende Bedürfnis nach etwas Neuem, das zugleich einfach, klar und wahr sein soll. Dieses Neue kann nur durch eine realistische Weltanschauung geliefert werden. Eine solche entwickelt Dr. Ludwig Büchner in seinen Sechs Vorlesungen, in denen er den Menschen bis auf die frühesten Ursprünge des Lebens auf der Erde zurückführt, und nachweist, wie die Arten der Thiere und aus ihnen schließlich der Mensch sich gebildet haben. Er entwickelt die Geseze des Fortschritts in Natur und Geschichte und die Bedeutung der materialistischen Philosophie für die Gegenwart. Der Mensch ist kein zur Strafe für seine Sündhaftigkeit aus dem Paradiese gestoßenes Geschöpf, wie es die Staatsreligionen noch immer lehren; sondern ein aus niedrigem Ursprünge zu immer edeleren Entfaltung fortschreitendes Wesen, wie es Büchner nachweist. Mag es auch noch lange dauern, bis diese Resultate der Naturforschung, welche das geistige Fundament einer menschenwürdigen Zukunft bilden, ihren zahllosen Gegnern gegenüber zum Siege gelangen. Daß es geschehen wird, ist ebenso unzweifelhaft wie der Sieg der Demokratie, die ja auch noch gleich den Führern und Vertretern der neuen naturwissenschaftlichen Richtung verfolgt, verleumdet und mißachtet wird. Es ist die Fahne des Volkes, welche Kolb und Büchner hochhalten, des Volkes Sache, die sie mit den Waffen des Geistes verfechten. Die Sache der Arbeiter aber ist es, dafür zu sorgen, daß die ausgestreute Saat nicht auf unfruchtbaren Acker fällt. Die genannten Werke dürfen in keiner Volksbibliothek fehlen und wir empfehlen sie daher allen Arbeiter- und Volksvereinen dringend zur Anschaffung und deren Mitgliedern zum Studium.

Soeben erschien in Berlin bei Alex. Jonas:
„Die Deutsche Arbeiterpartei, ihre Prinzipien und ihr Programm“.

Dieses Schriftchen, auf das wir zurückkommen werden, sollte von jedem Arbeiter angeschafft werden.

Zur Krankenkassenfrage.

Aus Dresden geht uns von dem dortigen Vorstand des Vereins von Deputirten der Gesellen-Krankenkassen und Arbeitergenossenschaften folgendes Schreiben zu:

„Nummer 7 der „Arbeiterhalle“ enthält einen Statuten-Entwurf zur Gründung einer allgemeinen Krankenkasse für die deutschen Arbeitervereine. Herr Hermann, sowie das Präsidium des Vororts haben sich in Nr. 8 der „Arbeiterhalle“ eingehend mit dieser Frage beschäftigt, und rathen davon ab, indem sie die Gründung von Gewerkschaften empfehlen. Da der, seit einigen Jahren hier bestehende, Deputirtenverein die letztere Idee ebenfalls verfolgt, die Krankenunterstützungsfrage aber auf die Tagesordnung des nächsten Arbeitertages kommt, so dürfte es nicht uninteressant sein, etwas Näheres über die Ver-

hältnisse in Sachsen, insbesondere Dresdens, zu erfahren. Das Mandat von 1810 stellte in Sachsen die Gesellenkrankenkassen unter die Verwaltung der Innungen, was zu seiner Zeit wohl berechtigt sein mochte, nach und nach aber, namentlich nach Einführung der Gewerbefreiheit höchst nachtheilig auf die freie Entwicklung aller Kassen wirkte. Die Innungsmeister machten zwar von dem Recht der Verwaltung unumschränkter Gebrauch, von den ihnen auferlegten Pflichten aber wollten sie, mit wenig Ausnahmen, nichts wissen. Dies führte nun zu langen Streiten und Prozessen, zumal ein Theil der Innungen bei Einführung der Gewerbefreiheit ihrem Groll gegen dieselbe nicht anders Luft machen konnte, als daß sie alle Gesellen, welche bei Gewerbetreibenden, nicht zur Innung gehörenden Bürgern arbeiteten, von den Wohlthaten der Krankenkassen ausschlossen, mochten die Gesellen auch noch so lange zur Kasse gesteuert haben. Das Vorgehen der Gesellen gegen solche gröbliche Behandlung blieb meist erfolglos, da Stadtrath und Innungen stets Hand in Hand gingen. Endlich erkannte man, daß, wollte man mit Erfolg vorgehen, eine Vereinigung nothwendig sei, und so gründete eine Anzahl Deputirte der verschiedenen Kassen den hiesigen Deputirtenverein, welcher sich zur Aufgabe stellte, die Krankenkassen zu reformiren, sowie die Rechte der Arbeiter allenthalben zu wahren. Die nächste Aufgabe war nun die Regulirung der Krankenkassen. Es wurde ein Generalstatut ausgearbeitet, nebst einer Beschwerdeschrift, von den meisten Deputirten der hiesigen Krankenkassen unterzeichnet, an das königl. sächs. Ministerium mit der Bitte um Aufhebung des Mandats von 1810 und an dessen Stelle das Selbstverwaltungsgesetz, übergeben. Das nächste Resultat war, daß alle Akten vom Rathhaus, welche einen ziemlichen Umfang gehabt haben mögen, vom Ministerium zur Einsicht verlangt wurden. Daß dem Stadtrath die ganze Angelegenheit nicht willkommen war, wurden wir bald inne; aber eben so sehr schien das Ministerium unsere Forderungen zu billigen, denn bereits nach wenigen Monaten legte die Regierung die Gewerbegesetznovelle dem Landtage vor, in welcher namentlich eine Reform der Krankenkassen ins Auge gefaßt wurde. Das gegenwärtige Gesetz stimmt in seinen wesentlichsten Punkten mit dem von uns entworfenen Generalstatut überein; hoffen wir, daß sich die sächsischen Arbeiter rühren, um von diesem Rechte der Selbstverwaltung ihrer Krankenkassen Gebrauch zu machen! Wir glauben, daß überall da, wo eine größere Anzahl Gewerbebegünstigten sich vorfindet, dieselben recht gut im Stande sind, ihre zeitherigen Kassen reformirt fort zu erhalten; wo die Anzahl aber zu gering, würde es sich empfehlen, sich an solche Gewerbebegünstigten anzuschließen, welche eine ähnliche Beschäftigung treiben. So werden sich z. B. hier die Sattler, Riemer und Täschner vereinigen; auch verschiedene Holz- und Feuerarbeiter werden diesem Beispiel folgen. Von den nahezu 8000 Arbeitern Dresdens, deren Krankenkassen zeither von den Innungsmeistern verwaltet wurden, und welche, beiläufig gesagt, ein Vermögen von circa 12,000 Thlr. aufzuweisen haben, haben gegen 7000 ihre Vertreter im Deputirtenverein, und es steht zu erwarten, daß alle Corporationen von der Selbstverwaltung ihrer Kassen zeitig genug Gebrauch machen werden, um der Gründung einer Bezirkskasse, welche vom Stadtrath errichtet werden würde, zuvor zu kommen.

Wenn nun die Arbeitervereine überall die Hebung und Gründung von Gewerbestrankenkassen unterstützen würden, so wäre dem vom Vorstand des Cannstädter Vereins ausgesprochenen Bedürfnis leicht abzuhelfen, ohne auf große Schwierigkeiten zu stoßen. Hat auch der hiesige Arbeiterbildungsverein nicht direkt für unsere Sache gewirkt, so sind doch die Erfolge unseres Vorgehens zum großen Theil einzelnen Mitgliedern

dieses Vereins und des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zu danken, welche sich hauptsächlich um die Organisation verdient gemacht haben. Wir können deshalb nicht umhin, noch einmal auszusprechen, wie dringend nothwendig es gerade jetzt erscheint, daß die Arbeitervereine Sachsens die Bildung von Gewerbestrankenkassen unterstützen, welche sich dann weiter verbreiten ließen und centralisirt werden könnten. Wie leicht dies ist, beweisen die hiesigen Schuhmacher, welche noch vor Jahresfrist in loser Verbindung zu einander standen, während jetzt nachdem die Mitglieder des Arbeiterbildungsvereins sich der Sache angenommen, eine Organisation geschaffen ist, welche zu den schönsten Hoffnungen berechtigt, und welche die engen Grenzen ihrer Wirksamkeit bereits weiter ausdehnen; sie konnten z. B. die Arbeitseinstellung der Arbeiter in Genf mit Geld unterstützen.

Hat sich auch zeither unser Verein größtentheils der Politik enthalten, da alle Parteien vertreten sind, so sind wir doch nicht so engherzig wie die „Bauhütte“ in Leipzig, die sich vor dem aufzustellenden Programm der Arbeitervereine fürchten scheint und ihren Austritt aus dem Verband erklärt. Was man auf der einen Seite verliert, wird man sicher auf der andern wieder erlangen. So wurde in unserer letzten Versammlung beschlossen, da die Fragen über Wanderunterstützungs-, Altersvorsorgungs- und Krankenunterstützungs-Kassen auf die Tagesordnung des nächsten Arbeitertags kommen, einen Deputirten zum Arbeitertag zu senden, und hoffentlich werden wir auch dem Verband deutscher Arbeitervereine uns dann anschließen können.“

Aus Preußen.

Berlin, den 27. Juli.

„Unser täglich Brod gieb uns heute!“ dürfen wir übermorgen, am 29. Juli, mit ganz besonderer Andacht bitten. Denn auf diesen Tag haben die Berliner Bäckergesellen eine große Arbeitseinstellung, einen richtigen „Strike“ angekündigt! In der Kleinstadt oder auf dem Lande kann man sich schwer eine Vorstellung von der Verwirrung machen, in die das ganze ungeheure Getriebe des großstädtischen Lebens durch den Eintritt eines derartigen Ereignisses gerathen muß. Da versteht sich von selbst, daß hier keine Hausfrau sich mit Brodbäcken abgeben kann und mag. Die Armen haben keine Zeit dazu, weil sie ihr Brod erst verdienen müssen, ehe sie es haben, und die Reichen sind natürlich zu bequem für einer so umständlichen Beschäftigung, wie die Zubereitung der gesegneten Gabe ist. So kommt es, daß im Ballasthof in der Hütte, in den glänzenden Villen, wie in den dunklen Hofwohnungen und in den modrigen Kellern, in sämmtlichen Gasthöfen und Restaurationen, wie in den acht großen Eisebahnhöfen Berlins, kurz überall eben so bestimmt und sicher des Morgens das liebe Brod fertig beim Bäcker erwartet wird, wie die liebe Sonne am Himmel. Ohne seine „Semmel“ oder seine „Schrippe“ (auf süddeutsch „Wecken“, frankfurtisch „Gulke“, hamburgisch „Rundes“) kann weder der Proletarier an sein Tagewerk, noch der Schreiber auf sein Bureau, noch das Kind in die Schule, noch der Geheimrath an seinen geschäftlichen Rüstgang gehen. Mit einem Wort: Wenn plötzlich die süddeutsche Republik proklamirt würde und in derselben Stunde (natürlich per Telegraph) den ganzen norddeutschen Bund annectirte, alle deutschen Fürsten im Namen Deutschlands dem Kaiser die ganze Militär nach Hause schickte, Herrn Johann Ronge zum Cultusminister, Herrn Carl Vogt zum Reichsgesandten, Herrn Liebknecht zum Kriegsminister und den un-

entbehrlichen Grafen Bismarck zum Reichskanzler, Herrn Feld aber zum Finanzminister machen würde: wahrlich die Confusion einer derartigen Compromiß-Regierung würde zwar groß sein, aber die Summe aller dieser Ereignisse würde doch viel leichter ertragen werden, als eine dreiwöchentliche Dauer des angedrohten allgemeinen Bäckerstreiks!

Die Beschwerden der Bäckergesellen bestehen wesentlich in vier Punkten. Erstens wollen sie eine Normirung der Arbeitszeit überhaupt. Bisher hat es darüber gar keine Bestimmung gegeben. Der Arbeitstag ist für diese Klasse von Arbeitern ganz unbeschränkt und richtet sich lediglich nach dem „Bedarf“; dieselben werden daher sehr oft ohne jede Extra-Vergütung Tag und Nacht, also fast ununterbrochen 24 Stunden zu arbeiten gezwungen! — Zweitens wollen sie, daß die Meister die Nachtarbeit einschränken. Nur die kleine, weiße Brodwaare muß Morgens früh schon fertig sein, nur dieser verhältnißmäßig geringste Theil der Waare muß also des Nachts bereitet werden, während die großen Brode (die Laibe) am Tage gebacken werden können. Die geringfügige Heizungsersparniß, die den Bäckermeistern bei der jetzigen Backweise zu Gute kommt, kann unmöglich in Anschlag gebracht werden, wenn man die vielfachen Nachtheile erwägt, die das jetzige System für Körper und Geist der Gesellen mit sich führt. Weder die Arbeit bei Nacht, noch der Schlaf bei Tage ist gesund. Daher kommt es auch, daß die Bäckergesellen in der Sterblichkeits- und Krankheits-Statistik eine auffallend ungünstige Stellung einnehmen. Die Mehrzahl derselben erreicht nicht das 42. Lebensjahr. Gottesdienst, Theater, Bildungs- und religiöse Vereine, gute Lektüre und dergleichen Bildungsmittel sind diesen Aermsten, die des Tages schlafen müssen, so gut wie verschlossen, und die wenigen und unregelmäßigen Freistunden, die sie bei Tag oder Nacht haben, werden dann allzuoft mit dem als Leidenschaft höchst entfittlichenden Kartenspiel todtgeschlagen, das viele Jünger dieses Gewerbes abwärts auf die Bahn des Lasters führt. In Berlin gehört die Bäckerei zu den Gewerben, die das höchste Contingent zu allen Arten von Verbrechen stellen. — Die dritte Forderung der Gesellen ist die Ablohnung in baarem Gelde, also die Aufhebung des Zwanges bei dem Meister zu wohnen und zu essen. — Viertens endlich wollen sie, daß, wie in den meisten andern Gewerken, eine vierzehntägige Kündigungszeit gelten soll. Bisher fand eintägige Kündigung statt, das heißt, der Meister kann den Gesellen mir nichts, dir nichts, jeden Tag aus dem Hause jagen.

Alle diese Punkte sind sehr erheblich und waren in Frankreich 1848, in Irland 1857—60, in London 1863, Gegenstand großer und heftiger Streitigkeiten, in denen das Publikum meistens siegreich blieben. Doch wurde 1863 durch einen Parlamentsakt wenigstens die bis dahin „freie“ Bäckerei in England der Aufsicht von Staatsinspektoren unterworfen, sowohl hinsichtlich der Ueberarbeitung der Gesellen als hinsichtlich der Brodverfälschung. Durch denselben Parlamentsakt wird die Nachtarbeit (von 9 Uhr Abends bis 5 Uhr Morgens!) für Bäckergesellen unter 18 Jahren absolut verboten. Man kann sich denken, welche Gräuelpredigten geherrscht haben müssen, wenn so energische Maßregeln gegen die Ausbeutung der Arbeit nötig waren!

Bei dieser Lage der Dinge wird auch bei uns jeder Vernünftige den Bäckergesellen seine aufrichtige Sympathie zuwenden und ihre Bestrebungen, so unangenehm ihm auch die unmittelbare Wirkung des Streiks sein mag, doch zu unterstützen geneigt sein. Leider sichert dies noch bei Weitem nicht den günstigen Erfolg. Das Kapital ist zu mächtig, die Arbeit

gewöhnlich bei solchen Anlässen zu uneinig, und die in jeder Branche vorhandene Zahl „unbeschäftigter“ oder „überzähliger“ Arbeiter tritt sofort in die leergewordenen Arbeitsstellen ein. Die Fälle, in denen ein Strike zu guten und dauernden Resultaten für die Arbeiter führte, sind leider äußerst selten.

Aus Deutsch-Oesterreich.

Wien, 27. Juli.

Wir stehen hier unter dem Zeichen des Schützen. Wien giebt der deutschen Nation in seinen Mauern ein großes Fest, und herbeigeeilt sind trotz der schwarzweißen Agitationen mehr als 15,000 deutsche Schützen zum Wettstreit in Wehr und Waffen. Wäre die Zeit nicht so ernst, der politische Jammer nicht so groß, fürwahr, eine Schilderung der großen Festlichkeit, der begeisterten Aufnahme der Gäste, des herrlichen Schmuckes der Stadt und all' der Freuden, mit denen das gastliche Wien, gewandt und berühmt in seinen kapuanischen Festen, seine Gäste vergnügt, würde selbst in den ersten Erwägungen allein gewidmeten Spalten des „Demokr. Wochenblatts“ einen Platz verdienen. Allein keine Verbrüderungsphrasen, keine Toaste können uns hinweghelfen über den Ernst der Lage, die Zerrissenheit des Vaterlandes, über den schmerzlichen Eindruck, den der Untergang der Freiheit im Norden macht und machen muß. Darum können wir uns denn doch des angenehmen Eindruckes nicht erwehren, daß, „trotz Blut und Eisen“ die Zusammengehörigkeit der deutschen Volksstämme, durch dieses riesenhafte Nationalfest mächtig dokumentirt wird und als ein lauter Protest gegen die Bismarck'sche Schöpfung von 1866 erscheint.

Aus all' den vielen und schwungvollen Reden mögen hier nur diejenigen Platz finden, welche zeigen, daß die Oesterreicher den Kampf der deutschen Volkspartei für die Freiheit und für ein Deutschland mit Oesterreich wohl zu würdigen wissen. Nichts hält den Vergleich mit dem Enthusiasmus aus, den die Frankfurter bei ihrem Erscheinen auf dem Westbahnhofe hervorgerufen haben, der sich aber noch steigerte während des großen, drei Stunden langen Festzuges, während dessen die Bewohner der ehemals freien Reichsstadt mit Blumen und Kränzen überschüttet wurden. Einige hervorragende Männer der schwäbischen Volkspartei sind noch fortgesetzt der Gegenstand der aufrichtigsten Ovationen. Der rasende Jubel von nicht weniger als 400,000 Menschen begleitete die Würtemberger auf ihrem Zuge. Mit ihnen theilten sich in die Ehren des Empfanges die Sachsen, mit demonstrativem Beifall aufgenommen, die Hannoveraner und die Schweizer. Die Schwaben, von dem Betreten der österreichischen Grenze angefangen, wurden überall durch Deputationen mit Gesang und Musik eingeholt. In Wien sprach die Begrüßungsrede Dr. Willfort mit glücklichem Takt. „Die Würtemberger“, sagte er, „haben stets im Herzen der Wiener ein besonderes Plätzchen gehabt. Am 10. November 1859 da habe Wien das hundertjährige Geburtsfest des großen Schwaben Schiller gefeiert und an diesem Feste entzündete sich wieder die Begeisterung für Deutschland. Eure Wahlen, Würtemberger, die Ihr jüngst vorgenommen, haben gezeigt, daß Ihr Euch Deutschland nicht denken könnt ohne Oesterreich (stürmischer Beifall). Eure Abgeordneten haben den Muth gehabt, in Berlin das laut auszusprechen. Das ganze Deutschland muß es sein, und trotz vorübergehender Erfolge, die sich jetzt geltend machen, muß man daran festhalten: „was Gott verbunden hat, kann der Mensch nicht trennen“. (Jubel.)

Die Antwort sprach der Abg. Freisleben, ein Führer der deutschen Volkspartei. Mit ausgezeichnetem Geschick knüpfte er an die Worte des Vorredners an. Seine mächtige Stimme durchdrang den großen Raum mit Leichtigkeit und das sympathische Wort erwärmte die Herzen. Folgendes rief er den Wienern zu: „Bürger Wiens! Haltet es unserer Ermüdung zu Gute, daß wir nicht so kräftig Eurem Grusse antworten können, als es sein sollte. ... Oesterreich und Schwaben hat Gott vereint und keine menschliche Macht kann sie dauernd trennen. Der kräftigste Ausdruck dieses Gefühls sind unsere letzten Wahlen. Eine Kluft zwischen uns zu reißen, dazu ist selbst die Eisen-Blutpolitik zu schwach. (Beifallssturm.) Wir sind nicht bloß gekommen, um das herrliche Wien zu sehen und uns in das ungeheure Vergnügungsmeer zu stürzen, sondern auch, um Euch zu sagen, daß Ihr unter allen Umständen bei Deutschland bleiben müßt. Daß Oesterreich und Deutschland wieder vereint werden, dahin zu wirken gelobe ich im Namen meines Volkes. (Zubel). Es lebe Oesterreich, es lebe die einzige Kaiserstadt Wien.“ (Zubel.)

Die Schwaben gingen dann, begleitet von einer Musikbande, hinaus und rangirten sich. Das geschickte Arrangement dieses Empfanges, der eine laute politische Kundgebung war, haben Prof. Dr. Richter und Fabricius aus Frankfurt geleitet. Eine Volksversammlung wird vorbereitet.

Aus England.

London, den 27. Juli.

Der Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika hat die vom Kongress angenommene Achtstunden-Bill mit der größten Bereitwilligkeit sofort durch seine Unterschrift zum Gesetz erhoben und in Kraft treten lassen. Am 24. Juni wurde sie im Senat angenommen, den 29. Juni war der erste achtstündige Arbeitstag in den Regierungs-Buchdruckereien. Am 2. Juli wurde das Gesetz in den Schiffsbauhäfen proklamiert und sofort in Kraft gesetzt.

Der Streit der Maurer von New-York war bei Abgang der letzten Post noch nicht geschlichtet. Die Bossmeister sind diesmal von ihren Arbeitern ausflankiert worden. Die ganze Streiffrage verhält sich folgendermaßen: Anfangs Juni verlangten die Arbeiter, daß ihr Lohn von 4 Dollars 50 Cents auf 5 Dollars den Tag erhöht werde, dieses wurde bewilligt. Sobald sie dieses erlangt, machten sie Vorbereitungen, die Arbeitszeit von 10 Stunden auf 8 Stunden den Tag zu dem früheren Lohn von 4 Dollars 50 Cents herabzusetzen. Die Forderung wurde Seitens der Maurer-Union gestellt, die Bosse erwiderten, welche Garantie haben wir, daß ihr nicht in einigen Wochen wieder auf 5 Dollars den Tag besteht? Die Union antwortete mit einem Beschluß, durch welchen sie sich anheischig machte, daß ihre Mitglieder bis zum 1. Mai 1869 acht Stunden den Tag für 4 Dollars 50 Cents arbeiten sollten. Darauf erwiderten die Bosse, unsere Kontrakte sind unter der Voraussetzung der Permanenz der Zehnstunden-Arbeit abgeschlossen worden; wir können sie mit der Achtstunden-Arbeit nicht ohne Verlust ausführen. Hierauf erbot sich die Union sämtliche Baukontrakte zu übernehmen, für deren Ausführung zu bürgen und den Bossen eine Netto-Entschädigung von 20 pCt. abzugeben. Darauf haben die Bosse durch folgende Beschlüsse geantwortet:

„Beschlossen, daß alle Bauarbeiten eingestellt werden, bis

die von uns beschäftigten Arbeiter wieder an ihre Arbeit zurückkehren unter der Bedingung 10 Stunden des Tages für 5 Dollars zu arbeiten.

Beschlossen, daß wir einen Anwalt annehmen, die von der Union adoptirten und von ihr zur Zeit erzwungenen Regeln in Betreff der Beschränkung unserer Geschäftsführung gesetzlich zu prüfen.

Beschlossen, daß jede Firma die Summe von 10 Dollars einzahlt, vorgehende Beschlüsse auszuführen, und daß wir uns ferner verpflichten, daß jeder seinen Antheil an den weiteren Kosten trägt“.

Die Arbeiter ihrerseits haben an das Publikum appellirt und sich erbaten, jedweden Baukontrakt auf eigene Kosten zu übernehmen und auszuführen. Sämmtliche Gewerbe-Unionen von New-York haben den Maurern Geldunterstützungen zugesagt.

Das britische Unterhaus hat abermals bewiesen, wie ernst ihm darum zu thun ist, unbemittelten Leuten den Zutritt ins Parlament zu erleichtern. Vor einigen Tagen setzte Professor Fawcett einen Verbesserungs-Antrag zu der Bill gegen Wahlbeeinträchtigungen durch, nach welchem gewisse, mit der Wahl verbundene Kosten aus den Gemeinde-Kassen der betreffenden Wahlbezirke bestritten werden sollten. Zwei Tage später strich das Ministerium diesen Antrag aus der Bill unter dem Vorwande, daß er nicht ausführbar sei. Vorigen Freitag trug Professor Fawcett auf Wiederherstellung an; sein Antrag wurde mit 102 gegen 91 Stimmen verworfen. Die große liberale Partei, die gegen 350 Mitglieder im Unterhause hat, fand nur 91 Stimmen zu dem ersten Schritt, das Monopol der Geldsack-Männer als parlamentarische Kandidaten aufzutreten, zu beschränken.

Wie die Sachen heute stehen, ist es fast ein Ding der Unmöglichkeit, für unbemittelte Politiker sich um einen Sitz im Unterhause zu bewerben. Die kleinen Wahlburgen sind selbstverständlich in den Händen der großen Magnaten. Nachdem diese liberal oder konservativ, sind es die unabhängigen Wähler. Der Herzog von Portland z. B., der bisher unter Palmerston und Russell liberal war, ist entrüstet über Gladstone's Radikalismus und hat dem Ministerium seine Unterstützung bei der nächsten Wahl versprochen. Diese Unterstützung besteht aus 8000 Wählern, kleinen Bauern und Handwerkern, die auf seinen Gütern in Nottinghamshire wohnen. Die großen Wahlburgen sind von solcher Ausdehnung, daß die aller unentbehrlichsten Geldkosten eine große Summe erheischen. Sobald es abgemacht, daß sich ein Kandidat um die Wahl bewerben soll, muß er in jedem Lokalbezirk ein Komiteezimmer mieten und daselbst einen Stab von bezahlten Agenten halten, welche seine Wahl betreiben. Wo gegen 30,000 Wähler sind, muß er jedem einzelnen Wähler seine Ansprache und eine Stimmkarte ins Haus schicken. Er muß überdies in jeder Hauptstraße eine oder zwei öffentliche Versammlungen und Reden halten und natürlich die Kosten bezahlen. Es gehört ferner zum Anstand, daß die Wähler auf seine Kosten zur Wahlbude gefahren werden. Zur offiziellen Nomination wird eine Tribüne — hustings — auf einem öffentlichen Plage errichtet, zum Stimmensammeln werden an geeigneten Orten Bauten zu bestreiten, muß der Kandidat 200 Pfd. St. deponiren, wenn er sich meldet. Professor Fawcett wollte nun, daß diese temporären Wahlchaffotte auf allgemeine Kosten errichtet werden sollten, es war den liberalen Geldsäcken zu demokratisch und sie ließen ihn im Stich.

Verantwortlicher Redacteur: W. Liebknecht.
Redaktion: Braustraße 11.

Leipzig. } Druck und Verlag: C. W. Vollrath.
Expedition: Windmühlenstraße 11.

Hierzu eine Beilage.

Programm der Internationalen Arbeiter-Association.

Der Dresdner Arbeiterverein hat bekanntlich den Antrag gestellt, dieses Programm dem nächsten Arbeitertage zur Annahme vorzulegen. Da es deshalb jedenfalls in Nürnberg zur Besprechung kommen wird, so ist eine Veröffentlichung desselben geboten. Der hiesige Arbeiter-Bildungsverein hat sich in seiner Sitzung am letzten Sonnabend mit den Grundsätzen des Programms völlig einverstanden erklärt. Wahrscheinlich wird der Vorstand des Arbeitertages den Dresdner Antrag zu dem seinigen machen.

Gestützt auf das Recht der Selbstbestimmung, wollen wir für alle Völker durch Beseitigung jedweden Restes mittelalterlicher Einrichtungen und moderner Klassenherrschaft, die Herstellung des freien Volksstaates anstreben.

Wir werden nie eine andere Souveränität und Majestät als die Volksouveränität und Volksmajestät anerkennen.

Als unumgängliches Mittel zum Zwecke wollen wir die Solidarität (Gesamtverbindlichkeit) aller Völker verwirklichen helfen.

Wir werden nur solchen Nationalitätsbestrebungen Vorschub leisten, welche auf ganze Freiheit, Selbstständigkeit und Gleichberechtigung Aller hinielen, um jedes Volk in Ebenbürtigkeit, als organisches Glied der großen Kette des Menschentums, dem freien Bunde allgemeiner Eidgenossenschaft einverleiben zu können.

Wie wir nach Außen die Racenabneigungen und den Kriegsggeist, so wollen wir nach Innen die Klassengegensätze — Bourgeoisie und Proletariat — zu überwinden und den inneren Frieden zu erobern trachten.

Obwohl von internationalem Standpunkt ausgehend und uns mit Wärme jeden unterdrückten Volkes annehmend, werden wir dennoch, als Vertreter der deutschen Sprache, unsere Hauptwirksamkeit der freien und einheitslichen Gestaltung Deutschlands und der gründlicheren Entwicklung und kräftigeren Entfaltung der republikanischen Institutionen der Schweiz zuwenden.

Vor Allem und überall wollen wir uns aber die politische und ökonomische Emanzipation der Arbeiterklasse, die Befreiung der großen Mehrheit aller Völker vom Doppelschock — der Gewalt der Bajonette und der Macht des Privatkapitals — zum Ziele setzen.

Wir wollen an der Stelle der Oberherrlichkeit des Privatkapitals den Segen gemeinsamer Arbeit, an die Stelle des Arbeitslohns den Arbeitsertrag, an die Stelle der „freien Konkurrenz“ unter dem Kapitalzwang die freie Konkurrenz unter der allgemeinen Bewegung intellektueller und materieller Arbeitskraft gesetzt wissen.

Wir wollen „Selbsthilfe“, wo sie kollektive — genossenschaftliche, und wir wollen „Staatshilfe“, wo sie Volkshilfe d. h. die durch die Volksmajestät sich selbst gebotene Hilfe bedeutet.

Wir werden daher die Arbeitergenossenschaften jeder Art, und zwar nicht ohne die Uebung schärfster Kritik darüber, soweit sie eigentliche und alleinige Mittel und Wege zum Emanzipationszweck und Kulturziele der Arbeiterbewegung sein sollen, in jeder Weise begünstigen.

Mit dem, in allen modernen Staaten als Logik geschichtlich wirkender Thatsachen erwachsenem und schon deshalb

unabweislichem wie unausweichbarem Arbeiter-Genossenschaftswesen, sehen wir, ist der Geschichte mit Hebelkraft und Massengewicht jener Stützpunkt geboten, worauf, wenn die geistige Leitung und das gemeinsame Kraftgefühl nicht fehlt, die alte Ordnung aus den Angeln gehoben und den modernen Zuständen eine neue Gesellschaftsform aufgeprägt werden wird.

Zawohl! dieses Genossenschaftswesen wird die Arbeiterklasse zunächst vor den Irrgängen einseitig individualisirender, alles Gemeinleben zerketzender Zeitrichtung bewahren, sie an eine kollektive Initiative und gemeinschaftliche Bestrebung, wenn anfänglich auch nur gruppenweise, gewöhnen, ihr eine Gelegenheit und Schule bieten, die rechten Talente in Leitung, Verwaltung und Gesetzgebung aufzufinden und auszubilden, ihr gründlicher in der Praxis, als es je die Theorie vermag, von allen Palliativmitteln jeden Schein der Hinlänglichkeit und der Alleinglückseligmachung abstreifen und sie endlich, durch die ihr gewordene Einsicht, einen wohlbedachten Selbsterhaltungstrieb und die stete Wucht der Thatsachen, zur allmählichen Vereinigung aller Gruppen drängen, wird endlich die Herstellung eines sicheren, solidarisch haftbaren Ganzen und somit, die Vollendung des einheitslichen, freien Volksstaates, gleichsam durch sich selbst bewirken.

Ebenso wie wir überzeugt sind, daß keine Macht der Welt die Arbeiterbewegung auf längere Zeit aufhalten kann und daß, wie das Großkapital, diese Gesamtfucht allzeitiger Arbeit, durch seine Ausbeutungskraft gar wohl „geschicklicher Weise“ in usurpatorische Hände gerathen ist, baldhin aber durch veränderte Umstände auf dem wahren Rechtswege seinem legitimen Eigenthümer — dem produzierenden Volke — allmählich wieder zuströmen wird, so sind wir auch der festen Meinung, daß die thatsächliche Gleichberechtigung aller werththätigen Menschen am Genusse der Gaben der Natur, Wissenschaft, Kunst und des Gewerbflusses durch die hieraus erwachsende Vergrößerung der Konsumtion auch die Vermehrung der Produktion und somit durch die hienach wiederum gesteigerte Regsamkeit geistiger und materieller Kräfte, stetsfort die Verallgemeinerung und Erhöhung der Kultur zur Folge haben muß.

Unter Kapital verstehen wir alle angehäuften, nach der heutigen Praxis kapitalisirbaren Werthgegenstände und neben den Schätzen im Schooße der Erde namentlich jeden Grund und Boden — als wichtigstes Erzeugungsinstrument aller Rohstoffe zur Bearbeitung für Nahrung, Kleidung und Wohnung.

Durch gerechte Regelung des Lohnes für die Vermittlung der Erzeugnisse zum Verbruche soll mit Beseitigung der auf Kosten der Erzeuger und Verbraucher lebenden Spekulation auch die Abschaffung der Anarchie in der Produktion und Konsumtion überhaupt bewirkt werden.

Ebenso werden wir auch nie, in Behandlung praktischer Fragen, der Spekulation auf dem Gebiete des Geistes (spekulative Philosophie) irgendwie eine Berücksichtigung zu Theil werden lassen.

Obwohl das Endziel unserer Bestrebungen der Zukunft angehört, werden wir uns dennoch keiner Vernachlässigung der Aufgabe der Gegenwart schuldig machen, sondern allzeit und überall, an Thatsächliches anknüpfend, den Boden der Gegenwart für eine bessere Zukunft vorzubereiten suchen.

(Fortsetzung folgt.)

Wenn ich mich recht erinnere, war es Goethe, der sterbend nach Licht, Licht, mehr Licht! verlangte. Was ihm nun der Mangel an irdischem Licht oder, wie vielleicht die Frommen es auslegen, das Voraussehen eines jenseitigen himmlischen Lichtes angethan hat, dieselbe Wirkung verursachte mir das Licht der Erkenntniß, welches das vorliegende Werk in überreichem Maße ausstrahlt. Licht, Licht! das ist klar, das ist hell! hab' ich gejubelt, wenn es vor und nach gelang, ein Kapitel nach dem anderen mit meinem Verständniß zu durchdringen. Geistige Arbeit ist wohl dazu erforderlich. Doch den Arbeiter, der gewohnt ist, nicht nur die eigenen, sondern auch noch die zehnfach größeren Freuden Anderer im „Schweiß seines Angesichts“ zu erwerben, wird das nicht abschrecken.

Ich für meinen Theil, der ich mich dem Leser als Lohgeber vorzustellen erlaube, habe mir, als ich anfänglich die Werke unserer Philosophen nicht zu verstehen vermochte, wieder und wieder gesagt: was Andere können, mußt du auch können. Das Denken ist kein Privilegium der Professoren. Es bedarf dazu, wie zu irgend einer anderen Handthierung, nur der gewohnheitsmäßigen Uebung. Das aber fängt doch auch endlich die große Masse der Arbeiter zu verstehen an, daß ohne Uebung im Selbstdenken kein Heil ist. Man fängt endlich allgemein in unserer Klasse zu verstehen an, daß wenn wir uns lange noch von Andern etwas wissen machen lassen, es auch lange noch Leute geben wird, welche aus diesem geistigen Vortheil sich eine materielle Ausbeute zu machen verstehen. Das erste Erforderniß eines Arbeiters, der mitarbeiten will an der Selbsterlösung seiner Klasse, besteht darin, sich nichts wissen machen zu lassen, sondern selbst zu wissen. Besonderes, Einzelnes, Spezielles mögen wir den Fachleuten überlassen. Aber die Kenntniß des Kapitals, unseres gemeinsamen mächtigen Gegners im sozialen Kampfe, ist ein allgemeines Klasseninteresse, dessen sich Jeder anzunehmen hat. Hier ist es Zeit, von dem Steckenpferd Gebrauch zu machen, welches uns von den Vortührern und Advokaten des Kapitals so trefflich zu- und vorgeritten wird. Hierher gehört die „Selbsthülfe“.

Wenn der Mensch nicht die Mönchskutte anlegen, Barfüßler und Einsiedler werden und sich von Wurzeln und Kräutern nähren will, dann kann er auf wirthschaftlichem Gebiete sich nicht selbst helfen. Schulze-Dehligsch will hoffentlich die Arbeiter nicht zu Mönchen machen, und Lasalle nicht, daß sie wie Vetbrüder auf Gottes- und barmherziger Leute Hülfe warten. Beide wollen, daß man sich selbst helfe. Aber alles das ist nicht unsere Selbsthülfe. Letztere gehört überhaupt nicht der Praxis, sondern dem Verständniß der Praxis, der wissenschaftlichen Belehrung an. Hier kann nur und muß das Individuum sich selbst helfen. Hier gilt — und vornehmlich dem Arbeiter, weil ihn am meisten der Schuh drückt — das sokratische Wort: „Erkenne Dich selbst.“

Der Verfasser reicht uns den Spiegel und Licht dazu, nicht daß wir glauben, sondern daß wir sehen und erkennen.

Eine Riesenarbeit ist uns vorgelegt. Kein industrielles Produkt, erschaffen für die Interessen des Tages, für den Markt und seine Spekulanten. Auch ist es kein gelehrtes Scheinwerk,

*) Wir haben zwar eine gründliche Beurtheilung dieses epochemachenden Werks bereits früher im „Demokr. Wochenbl.“ gebracht, kommen aber um so lieber noch einmal auf dasselbe zurück, als die gegenwärtige Besprechung aus der Feder eines Arbeiters ist. D. Red.

welches aus Eitelkeit mit seinem Objekte spielt und den Schein uns in die Augen glitzern läßt. Es ist eine Arbeit. — Eine Arbeit, der man ansieht, daß sie Resultat eines ihr in unvorbrüchlicher Liebe ergebenden Lebens ist. Und wieder hätte die Liebe allein nicht vermocht, diese Schätze der Wissenschaft auf dem wüsthigen Material der vergangenen Literatur und der gegenwärtigen Lebens herauszugraben, zu läutern und zu formiren. Es gehörte neben einem warmen Herzen für die Sache dazu ein eminentes Kopf, die unwiderstehliche Schärfe eines logischen Geistes, das seltene Talent eines genialen Denkers, der unermüdlige Fleiß eines gelehrten wohlgeschulten Forschers.

Und der Gegenstand dieser Arbeit ist des Talentes würdig, das sich seiner angenommen. Als Objekt der Wissenschaft ist allerdings das Geringsste würdig. Aber dennoch mögen wir nach dem Maße des mehr oder minder Nothwendigen und des mehr oder minder Allgemeinen eines dem Andern unterordnen. Und was liegt nun dem Menschen überhaupt, besonders aber unserer Zeit, und da wieder ganz vornehmlich dem Arbeiter näher, als der gegenwärtige Produktionsprozess der materiellen Lebensbedürfnisse? Die Erkenntniß dieses Prozesses, die Erforschung seiner Gesetze hat sich der Verfasser als Zweck, ich möchte sagen, als Lebensaufgabe erwählt. Es handelt sich dabei nicht um den Einzelnen, nicht um die Frage, wie ich, du oder er seinen Proviant erwirbt, sondern um uns, um die Nation, oder besser, um die internationale Organisation der Arbeit.

Doch mißverstehe man das Wort nicht, als habe die Schrift es mit irgend einem Projekt zu thun, mit persönlichen Ideen von der Ordnung der Dinge, die da kommen soll. Das Werk ist ein Produkt der Wissenschaft im höchsten Sinne des Wortes. Die Wissenschaft handelt nur von dem, was ist, vom faktisch Gegebenen, nicht von Projekten, oder wenn auch davon, dann doch nur insofern, als sie faktisch gegeben sind und störend in die Wissenschaft eingreifen.

Die internationale Organisation der Arbeit soll nicht erst werden, sondern sie ist. Daraus, daß wir nur indirekt von dem eigenen, direkt aber von dem internationalen Produkt der Arbeit leben, russisches Korn, holländische Häringe und amerikanische Baumwolle konsumiren, erweist sich, daß wir nicht mit vereinzelter, sondern mit gemeinschaftlicher sozialer Arbeit produziren. Das weiß nun Jeder, daß diese Arbeit nicht als eine gemeinschaftliche, sondern als Privatarbeit erscheint. Doch ist es regelmäßig die Aufgabe der Wissenschaft zu zeigen, daß der Schein trügt, daß nicht die Sonne um die Erde kreist. Das soziale Wesen unserer privat geformten Arbeit zu erkennen, war die wissenschaftliche Aufgabe der politischen Oekonomie. Die Lösung dieser Aufgabe hat uns Karl Marx in dieser Kritik vorgelegt.

(Fortsetzung folgt.)

Soeben erschien:

Die Internationale Arbeiterassoziation.

Ihre Gründung, Organisation, politisch-soziale Thätigkeit
und Ausbreitung

von

Wilhelm Eichhoff.

Preis: 12 Silbergroschen.

Berlin. Verlag von Albert Eichhoff.

Verantwortlicher Redacteur: B. Liebknecht.

Redaktion: Braustraße 11.

Leipzig.

Druck und Verlag: E. W. Bollrath.
Expedition: Windmühlenstraße 14.